

Bezugs-Preis

In der Hauptpoststelle oder beim Buchdrucker abgebüttet: vierzig Groschen A. 240, bei täglich vorgetragener Ausgabe im Postbüro vierzig Groschen A. 240. Durch weitere auswärtige Buchdruckereien und durch die Post bezogen: für Deutschland und Österreich vierzig Groschen A. 240, für die übrigen Länder laut Zeitungssatzliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Händlern 10 Pf.

Redaktion und Expedition:

Johanniskirche 8.
Telefon Nr. 158, Rm. 222, Nr. 1173.
Berliner Redaktions-Bureau:
Berlin NW 7, Dorotheenstraße 62.
Tel. L. Nr. 9275.

Dresdner Redaktions-Bureau:
Münchner Str. 6.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 158.

Mittwoch 28. März 1906.

Das Wichtigste vom Tage.

Der konservative Landtagsabgeordnete für den sächsischen 45. ländlichen Wahlkreis (Döhlitz-Wackenitz, Norden), Rittergutsbesitzer G. Stav Reichard wurde zu Erfurt, ist im 55. Lebensjahr nach schweren Leiden gestorben.

Auf der Konferenz zu Algeciras wurde gestern durch einen Antrag der amerikanischen Delegierten eine Verständigung in der Polizeifrage angebahnt. In der Frage der Bankanteile wurde ein Einvernehmen erzielt. (S. Tagesschau und unter Marocco-Konferenz.)

Der Maler Eugene Carrière ist in Paris gestorben. (S. Guillotin.)

Politische Tagesschau.

Leipzig, 28. März.

Mit Vorbehalt.

Der 27. März scheint wirklich die Entscheidung in Algeciras gebracht zu haben: das Kompromiß! Als vormittags die Redaktions-Kommunismus im kleinen Raumjalon des Hotels "Reine Grissins" tagte, so wie es und anlässlich berichtet, durch den amerikanischen Vertreter Wahr einer von ihm selbst redigierten Vertrag mit, welcher sich als eine Umformung des österreichischen Antrittes darstellt. Dieser Vertrag handt also die "preliminäre Zustimmung" nicht nur des Herrn v. Károlyi, sondern auch des Amerikaner.

Am Nachmittage legte die Kommission, welche den Antrag Wahr in das Polizei-Reglement hineingearbeitet hatte, ihre Beschlüsse dem Plenum der Konferenz vor. Über den Bericht der Sitzung wird offiziell berichtet: Die Konferenz prahlte und genehmigte den neuen Text des über die Besetzung des staatlichen Bank handelnden Artikels 20 des Bankreglements. Die Entscheidung über die Zahl des fremden staatlichen Banken, die das Recht haben sollen, die Ansprüche der Regierungen einzulösen, ist zurückgestellt, um die Antrittsstellung der Regierungen eindringen zu lassen. Die Konferenz prahlte sodann den neuen Text des Entwurfs für die Regelung der Polizeifrage. Artikel 1, 2, 4, 5, 9 und 10 wurden mit unerheblichen Änderungen angenommen. Artikel 3 (Wodus der Vorbereitung des Reglements für die Polizei) wurde zurückgestellt. Artikel 6 über die Wahl derjenigen Stadt, von der der Sultan von Marocco die Gesetzung des polizeilichen Generalinspektors erichten soll, stellte die Kommission wegen mangelhafter Iustitutionsgleichheit zurück. Artikel 7 über die Beziehungen des Inspektors zu dem Wagnis und dem diplomatischen Corps wurde gleichfalls angenommen unter dem Vorbehalte von Institutionen. Mit demselben Vorbehalte wurde Artikel 8 angenommen, welcher die Untersuchungen bestimmt, mit denen der Inspektor auf Verlangen des diplomatischen Corps in besonderen Fällen soll beauftragt werden können. Artikel 11, welcher die Bezeichnung der französischen und spanischen Justizinstanz-Direktoren und -Justizdirektoren auf die Präsenz bezieht, wurde für die auf Donnerstag vormittags 10 Uhr angelegte neue Sitzung zurückgestellt. Bei Schluß der heutigen Sitzung, die 5 Uhr 30 Min. begann und um 7 Uhr endete, gab der Herzog von Almodóvar der Meinung Ausdruck, daß ein Einverständnis erzielt sei, und betonte die glückliche Einwirkung auf den Abschluß der Konferenz.

Wie der andere Seite berichtet wird, soll nach dem Vertrag der Amerikaner das diplomatische Corps in Tanger Mitteilung von dem Inspektionsbericht erhalten, damit es imstande sei festzustellen, daß die Tätigkeit der marokkanischen Polizei den Beschlüssen der Konferenz ent-

spricht und gewähr den Verteilungen die Sicherheit der fremden Staatsangehörigen und der Handelsbeziehungen gewährleiste.

Also das ist des Kolonials! Wieder kommt es über das große Wasser darüber. Noch Aufführung des grandiosen Finanz- und Wirtschafts- und Techno-Moosels! Teddy Roosevelt, der Präsidentenwahl! Die französischen Polizei-Offiziere werden nicht der "demütigenden" Kontrolle des diplomatischen Corps in Tanger unterstellt, über die sich der "Tempo" so hochbar entschert hat, sondern der Inspektionsbericht, welcher an den Sultan von Marocco abgeht, wird den Diplomaten "mitgeteilt", damit sie imstande sind festzustellen um!

Frankreich legt der Wahrer der "Gouvernance des Sultan" — welchen Grund wird das in der machen?

Wenn nun einmal die "Feststellung" unabsehbar wird durch die Übereignung ins Arabische und die Rückübertragung ins Französische, das man in Tanger nicht mehr „inhaltet“ will sein gelingen? An der Person des General-Inspektors und an der Person unseres Generalkonsuls in Tanger wird alles gelegen bleiben. Nunmehr heißt's darf aufpassen!

Endlich scheint die Friede gekrönt zu sein, wenn der "Vorbehalt" der Regierung-Institutionen erledigt sein wird.

Graf von Hohenlohe

Soll bei der zu seinen Ehren veranstalteten Abschiedsfeier der südlichen Vereine am Sonntag abend, über die wir schon in Nr. 154 berichtet, auch eine politische Rede gehalten haben, deren Wortkast in der Presse so verschieden wiedergerichtet war, daß ich eine ernsthafte Erörterung über die Rede kaum aufstellen will. Jeden war die Rede höchstens nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Wir haben deswegen von ihr bisher auch keine Notiz genommen. Die Kritik, die die Rede jetzt erhält, läuft uns nun aber doch kurz auf: Siejuré kommt. Es wird behauptet, daß Graf von Hohenlohe den Rücktritt des Ministers von Wagnis mit dem sozialdemokratischen Wahlkreismonstrationen in Verbindung gebracht habe. Den Widerspruch die allgemein bekannte Tatsache, daß Herr von Wagnis schon lange vor den Wahlkreismonstrationen entlassen war, nahm den Schlüsse des Landtags — aber auch nicht früher — aus dem Minne zu schämen. Nur ein höherer Rücktritt hätte also bestimmt können, doch anders als die von Minister von Wagnis schon im Herbst angeführten Motive ausgedehnt der Rücktritt waren. — Dann soll Graf von Hohenlohe als die Hauptaufgabe seiner neuen Stellung die Schaffung eines neuen Wahlrechts bezeichnet haben. Das wäre nichts Neues. Denn gerade in diesem Sinne hat sich z. B. der jüngste Minister des Verteidigungsministeriums in Berlin gegenüber geäußert, wie wir schon am 14. Januar mitteilten. — Nun ist nur, daß König Hohenlohe, so wird vom „Deoden. Am.“ berichtet, den König schon einen Wahlrechtsplan vorgelegt hat, der den Königs Zustimmung fand. Dieser Plan werde weder die Wünsche des außerordentlichen Reichs noch die der österreichischen Unions befriedigen, werde den arbeitenden Klassen eine Befreiung in der Kammer gewähren, aber zugleich eine Überflutung dieser Kammer durch die Sozialdemokratie verhindern. — Interessant ist, daß schon die Möglichkeit einer solchen Wahlreform die sozialistische „Demische Tagesschau“ auf den Händen bringt. Woar versichert sie höchst „gründig“, daß sie keine Beratung habe, dem Grafen Hohenlohe irgendwie die Wünsche des außerordentlichen Reichs noch die der österreichischen Unions befreien zu verfügen, das bekanntlich Herr v. Wagnis in höchster Weise befreit sei. So beweist aber gütig, daß ein im Sinn der „Wittelsbacher“ zugestandenes Wahlrecht seine Mehrheit in Sachsen hinter sich habe. Als wenn ein anderes Wahlrecht, als wie es angeblich Graf von Hohenlohe hier charakterisiert hat, überhaupt einen Freischritt seines gegen den bisherigen stand! Kann man doch an der Staatsverhinderung weder ein Wahlrecht geben, das den Wohnungs-Deutsch eine Mehrheit in Bandtag von vornherein gewährt, noch kann man so wenig leicht in der Reform gehen, daß die arbeitenden Klassen wie jetzt aufgeschlossen bleiben bei der Vertretung. Aber es hat überhaupt wenig Zweck, sich über einen noch-

nicht vorliegenden Plan der Wahlreform auszutzen oder sich für ihn zu erwärmen. So wünschen wir nur, daß der neue Minister mit der Vorlegung der Wahlreform so wenig als möglich überlässt, sondern dafür Sorge trage, daß sie doch noch in einem außerordentlichen Landtag des nächsten Winters zur Beratung kommt.

Sächsische Eisenbahnbefragung.

II.

Bei lebhaftem Interesse für die Eroberung der Großstädte in der Frage der Vermehrung der Fahrtzeit im Vorortverkehr. Der Deputations ging hierzu eine Petition zu, die 32 Vereine in 21 Ortschaften mit 11 546 Einwohnern unterzeichnet hatten und die nach Berliner Richter in einer rechtzeitig revidierten Form für den Vorortverkehr in Vorlage bringt. Die Regierung vertrat in einem Schreiben an die Deputation die Ansicht, daß auch der Vorortverkehr nach die Städte Leipzig, Chemnitz und Plauen im Vogt, bei einer vertraglichen Tarifänderung in Betracht käme; für Leipzig würde es sich um die Städte des Waren-, Grimma, Zwickau, Oelsnitz und Chemnitz-Pagwitz handeln. Bei Einführung des vorgeschlagenen Tarifs würde sich ein Umlaufsmautfall von ca. 1 558 000 jährlich ergeben, und um dieses Maute anstrengen, müßte der Vorortverkehr um 65,2% wachsen; eine solche Zunahme aber könnte nicht erwartet werden. Es sei auch zu erwarten, daß gerade auf dem Gebiete dieses Nahverkehrs die Straßenbahnen mit ihren sehr niedrigen Preisen dem Vorortverkehr entgegenstehen. Außerdem würde die Einführung eines billigen Vorortverkehrs ein außerordentliches Anwachsen der Betriebsausgaben bewirken. Die Deputation erkannte die Darlegungen als zutreffend an und befürwortete die Petition auf sich berufen zu lassen. Das gleiche Schrift hat, wie bei beständig bemerkt sei, eine Petition des Sachsen-Anhaltischen Vereins und der sächsischen Verbindungen gebracht habe. Den Widerspruch die allgemein bekannte Tatsache, daß Herr von Wagnis schon lange vor den Wahlkreismonstrationen entlassen war, nahm den Schlüsse des Landtags — aber auch nicht früher — aus dem Minne zu schämen. Nur ein höherer Rücktritt hätte also bestimmt können, doch anders als die von Minister von Wagnis schon im Herbst angeführten Motive ausgedehnt der Rücktritt waren. — Dann soll Graf von Hohenlohe als die Hauptaufgabe seiner neuen Stellung die Schaffung eines neuen Wahlrechts bezeichnet haben. Das wäre nichts Neues. Denn gerade in diesem Sinne hat sich z. B. der jüngste Minister des Verteidigungsministeriums in Berlin gegenüber geäußert, wie wir schon am 14. Januar mitteilten. — Nun ist nur, daß König Hohenlohe, so wird vom „Deoden. Am.“ berichtet, den König schon einen Wahlrechtsplan vorgelegt hat, der den König Zustimmung fand. Dieser Plan werde weder die Wünsche des außerordentlichen Reichs noch die der österreichischen Unions befriedigen, werde den arbeitenden Klassen eine Befreiung in der Kammer gewähren, aber zugleich eine Überflutung dieser Kammer durch die Sozialdemokratie verhindern. — Interessant ist, daß schon die Möglichkeit einer solchen Wahlreform die sozialistische „Demische Tagesschau“ auf den Händen bringt. Woar versichert sie höchst „gründig“, daß sie keine Beratung habe, dem Grafen Hohenlohe irgendwie die Wünsche des außerordentlichen Reichs noch die der österreichischen Unions befreien zu verfügen, das bekanntlich Herr v. Wagnis in höchster Weise befreit sei. So beweist aber gütig, daß ein im Sinn der „Wittelsbacher“ zugestandenes Wahlrecht seine Mehrheit in Sachsen hinter sich habe. Als wenn ein anderes Wahlrecht, als wie es angeblich Graf von Hohenlohe hier charakterisiert hat, überhaupt einen Freischritt seines gegen den bisherigen stand! Kann man doch an der Staatsverhinderung weder ein Wahlrecht geben, das den Wohnungs-Deutsch eine Mehrheit in Bandtag von vornherein gewährt, noch kann man so wenig leicht in der Reform gehen, daß die arbeitenden Klassen wie jetzt aufgeschlossen bleiben bei der Vertretung. Aber es hat überhaupt wenig Zweck, sich über einen noch-

Beratungen zur Beschaffung neuer Wagen verzichtet seien und die Säge festgestellt, nach denen diejenigen Beratungen, die die Säge feststellen, die anderen, die einen Lieferfach haben, entkräften sollen. Hierüber schwelen noch Verhandlungen, die ein glückliches Ergebnis schaffen sollen.

Deutsches Reich.

König, 28. März.

Der Kaiser und die Firma Stumm. Nachdem der Hundertjährige der Reichsverfassung des Hauses Stumm hat die Firma ein Ergebnistelegramm an den Kaiser gerichtet, das dieser ebenfalls mit einem Telegramm erwiderte. In diesem Telegramm bringt der Kaiser die „großartige Entwicklung“, die die Summischen Werke im Laufe der Zeit erlangt haben, in einge Verbindung mit dem vorbildlichen Zusammenleben von Arbeitern und Arbeitnehmern, der „musterhaften Führung für die Wohlthat der Arbeiterschaft“ und dem „Geist der Kämpferstreit und Vaterlandsliebe, in dem die Werke jetzt gelebt werden sind“. Außerdem nimmt der Kaiser in dem Telegramm den verstorbenen Grafen v. Stumm seinen „verewigten Freund“. — Bedeutlich war König Stumm in den letzten Jahren seines Lebens durchaus nicht mehr wie die Zeit vorher „persons grata“ am Kaiserhof, was natürlich sein Ansehen für den Kaiser in seiner Tore nicht doch neuwähnlich zu gebären. Das Urteil über das Verhältnis Stumms zur Arbeiterschaft aber dürfte mit Recht wenig Zustimmung in sozialreformerisch geprägten Kreisen hervorrufen. Denn gerade der Summische Patriarchatstaat hat diese Fröhlichkeit gezeigt. Damals kann man noch heute im Saargebiet mehr als genug hören und sehen.

* Reichstag und Reichskolonialamt. Wenn die Würfel über das Schicksal des Reichskolonialamtes fallen werden, ist immer noch ungewiß. Surch dies es, man werde die Entscheidung am Schluß der zweiten Sitzung über das Kolonialamt herzulehnen, das wäre schon an diesem Montag gemeinsam. Dann verlaufen, Freitag oder Sonnabend werde die entsprechende Sitzung sein. Nach einer Weiterleitung der „Neuen Polit. Korresp.“ in und dies fraglich, denn es ist zweifelhaft, ob die Debatte überhaupt noch in dieser Woche stattfinden wird, da noch dem Martinsetat zunächst der Ministeriat zur Beratung gelangt. Danach können aber nach wie vor alle Nachrichten übertragen, daß König Wilhelm selbst in die Plenarsitzung eingezogen wird.

* Adel und Militärmoralität. Nach Erkundigung der Würfel „Adel. Bz.“ unterrichtet es keinen Zweifel, daß der überwiegende Teil der Kreisvorsteherungen der letzten Zeit mit der Ostmarkenpolitik zusammenhängt. Was will dadurch, daß man vermögende Leute, die in den östlichen Provinzen großes, leistungsfähige Güter auslösen und als Friedenswirker dauernd in deutschen Häusern festlegen, den Adel verleiht, die Anwendung in solchen Güterhäusern geben.

* Die Lage des preußischen Volksbildungsgesetzes bleibt am Schluß der ersten Sitzung der Kommission auschließlich. Trotz aller Bemühungen seitens der Nationalliberalen, der Freisinnigen und auch der Freiheitsempfänger ist es nicht gelungen, den § 40 der Regierungsvorlage so umzustalten, daß er für die Liberalen annehmbar wird. Gassen will die Beschlüsse der ersten Sitzung zugleich des § 40 zuwenden, so ergibt sich folgendes: Der Unterschied zwischen Schulverbänden mit mehr oder weniger als 25 Schülern liegt in Vorfall gekommen. Es erhalten mittlerweile alle Gemeinden ein Vorschlagsrecht; das „Recht“ der bloßen Abhörung ist für die kleinen Gemeinden durch das weitestgehende Vorschlagsrecht erweitert. Gassen ist durch das weiteste Entgegenkommen der Reaktionen in den Schulverbänden, die eine Schuldebatte befehlen, der Gemeindeverbände, das Vorschlagsrecht zurückzugeben wollen; sie hat die Schuldebatte, das der Regierungsvorlage das Vorschlagsrecht erweitert. Gassen ist durch das weiteste Entgegenkommen der Reaktionen in den Schulverbänden, die eine Schuldebatte befehlen, der Gemeindeverbände, das Vorschlagsrecht zurückzugeben wollen; sie hat die Schuldebatte, das der Regierungsvorlage das Vorschlagsrecht erweitert. Gassen ist durch das weiteste Entgegenkommen der Reaktionen in den Schulverbänden, die eine Schuldebatte befehlen, der Gemeindeverbände, das Vorschlagsrecht zurückzugeben wollen; sie hat die Schuldebatte, das der Regierungsvorlage das Vorschlagsrecht erweitert. Gassen ist durch das weiteste Entgegenkommen der Reaktionen in den Schulverbänden, die eine Schuldebatte befehlen, der Gemeindeverbände, das Vorschlagsrecht zurückzugeben wollen; sie hat die Schuldebatte, das der Regierungsvorlage das Vorschlagsrecht erweitert. Gassen ist durch das weiteste Entgegenkommen der Reaktionen in den Schulverbänden, die eine Schuldebatte befehlen, der Gemeindeverbände, das Vorschlagsrecht zurückzugeben wollen; sie hat die Schuldebatte, das der Regierungsvorlage das Vorschlagsrecht erweitert. Gassen ist durch das weiteste Entgegenkommen der Reaktionen in den Schulverbänden, die eine Schuldebatte befehlen, der Gemeindeverbände, das Vorschlagsrecht zurückzugeben wollen; sie hat die Schuldebatte, das der Regierungsvorlage das Vorschlagsrecht erweitert. Gassen ist durch das weiteste Entgegenkommen der Reaktionen in den Schulverbänden, die eine Schuldebatte befehlen, der Gemeindeverbände, das Vorschlagsrecht zurückzugeben wollen; sie hat die Schuldebatte, das der Regierungsvorlage das Vorschlagsrecht erweitert. Gassen ist durch das weiteste Entgegenkommen der Reaktionen in den Schulverbänden, die eine Schuldebatte befehlen, der Gemeindeverbände, das Vorschlagsrecht zurückzugeben wollen; sie hat die Schuldebatte, das der Regierungsvorlage das Vorschlagsrecht erweitert. Gassen ist durch das weiteste Entgegenkommen der Reaktionen in den Schulverbänden, die eine Schuldebatte befehlen, der Gemeindeverbände, das Vorschlagsrecht zurückzugeben wollen; sie hat die Schuldebatte, das der Regierungsvorlage das Vorschlagsrecht erweitert. Gassen ist durch das weiteste Entgegenkommen der Reaktionen in den Schulverbänden, die eine Schuldebatte befehlen, der Gemeindeverbände, das Vorschlagsrecht zurückzugeben wollen; sie hat die Schuldebatte, das der Regierungsvorlage das Vorschlagsrecht erweitert. Gassen ist durch das weiteste Entgegenkommen der Reaktionen in den Schulverbänden, die eine Schuldebatte befehlen, der Gemeindeverbände, das Vorschlagsrecht zurückzugeben wollen; sie hat die Schuldebatte, das der Regierungsvorlage das Vorschlagsrecht erweitert. Gassen ist durch das weiteste Entgegenkommen der Reaktionen in den Schulverbänden, die eine Schuldebatte befehlen, der Gemeindeverbände, das Vorschlagsrecht zurückzugeben wollen; sie hat die Schuldebatte, das der Regierungsvorlage das Vorschlagsrecht erweitert. Gassen ist durch das weiteste Entgegenkommen der Reaktionen in den Schulverbänden, die eine Schuldebatte befehlen, der Gemeindeverbände, das Vorschlagsrecht zurückzugeben wollen; sie hat die Schuldebatte, das der Regierungsvorlage das Vorschlagsrecht erweitert. Gassen ist durch das weiteste Entgegenkommen der Reaktionen in den Schulverbänden, die eine Schuldebatte befehlen, der Gemeindeverbände, das Vorschlagsrecht zurückzugeben wollen; sie hat die Schuldebatte, das der Regierungsvorlage das Vorschlagsrecht erweitert. Gassen ist durch das weiteste Entgegenkommen der Reaktionen in den Schulverbänden, die eine Schuldebatte befehlen, der Gemeindeverbände, das Vorschlagsrecht zurückzugeben wollen; sie hat die Schuldebatte, das der Regierungsvorlage das Vorschlagsrecht erweitert. Gassen ist durch das weiteste Entgegenkommen der Reaktionen in den Schulverbänden, die eine Schuldebatte befehlen, der Gemeindeverbände, das Vorschlagsrecht zurückzugeben wollen; sie hat die Schuldebatte, das der Regierungsvorlage das Vorschlagsrecht erweitert. Gassen ist durch das weiteste Entgegenkommen der Reaktionen in den Schulverbänden, die eine Schuldebatte befehlen, der Gemeindeverbände, das Vorschlagsrecht zurückzugeben wollen; sie hat die Schuldebatte, das der Regierungsvorlage das Vorschlagsrecht erweitert. Gassen ist durch das weiteste Entgegenkommen der Reaktionen in den Schulverbänden, die eine Schuldebatte befehlen, der Gemeindeverbände, das Vorschlagsrecht zurückzugeben wollen; sie hat die Schuldebatte, das der Regierungsvorlage das Vorschlagsrecht erweitert. Gassen ist durch das weiteste Entgegenkommen der Reaktionen in den Schulverbänden, die eine Schuldebatte befehlen, der Gemeindeverbände, das Vorschlagsrecht zurückzugeben wollen; sie hat die Schuldebatte, das der Regierungsvorlage das Vorschlagsrecht erweitert. Gassen ist durch das weiteste Entgegenkommen der Reaktionen in den Schulverbänden, die eine Schuldebatte befehlen, der Gemeindeverbände, das Vorschlagsrecht zurückzugeben wollen; sie hat die Schuldebatte, das der Regierungsvorlage das Vorschlagsrecht erweitert. Gassen ist durch das weiteste Entgegenkommen der Reaktionen in den Schulverbänden, die eine Schuldebatte befehlen, der Gemeindeverbände, das Vorschlagsrecht zurückzugeben wollen; sie hat die Schuldebatte, das der Regierungsvorlage das Vorschlagsrecht erweitert. Gassen ist durch das weiteste Entgegenkommen der Reaktionen in den Schulverbänden, die eine Schuldebatte befehlen, der Gemeindeverbände, das Vorschlagsrecht zurückzugeben wollen; sie hat die Schuldebatte, das der Regierungsvorlage das Vorschlagsrecht erweitert. Gassen ist durch das weiteste Entgegenkommen der Reaktionen in den Schulverbänden, die eine Schuldebatte befehlen, der Gemeindeverbände, das Vorschlagsrecht zurückzugeben wollen; sie hat die Schuldebatte, das der Regierungsvorlage das Vorschlagsrecht erweitert. Gassen ist durch das weiteste Entgegenkommen der Reaktionen in den Schulverbänden, die eine Schuldebatte befehlen, der Gemeindeverbände, das Vorschlagsrecht zurückzugeben wollen; sie hat die Schuldebatte, das der Regierungsvorlage das Vorschlagsrecht erweitert. Gassen ist durch das weiteste Entgegenkommen der Reaktionen in den Schulverbänden, die eine Schuldebatte befehlen, der Gemeindeverbände, das Vorschlagsrecht zurückzugeben wollen; sie hat die Schuldebatte, das der Regierungsvorlage das Vorschlagsrecht erweitert. Gassen ist durch das weiteste Entgegenkommen der Reaktionen in den Schulverbänden, die eine Schuldebatte befehlen, der Gemeindeverbände, das Vorschlagsrecht zurückzugeben wollen; sie hat die Schuldebatte, das der Regierungsvorlage das Vorschlagsrecht erweitert. Gassen ist durch das weiteste Entgegenkommen der Reaktionen in den Schulverbänden, die eine Schuldebatte befehlen, der Gemeindeverbände, das Vorschlagsrecht zurückzugeben wollen; sie hat die Schuldebatte, das der Regierungsvorlage das Vorschlagsrecht erweitert. Gassen ist durch das weiteste Entgegenkommen der Reaktionen in den Schulverbänden, die eine Schuldebatte befehlen, der Gemeindeverbände, das Vorschlagsrecht zurückzugeben wollen; sie hat die Schuldebatte, das der Regierungsvorlage das Vorschlagsrecht erweitert. Gassen ist durch das weiteste Entgegenkommen